

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landesrat Rudi Anschober

Assoz.Univ.Prof. Dr. Franz Leidenmühler
Leiter des Instituts Europarecht, JKU Linz

12. September 2017

zum Thema

**Kurz vor dem K.O. für die Atomenergie und wie OÖ für
den Ausstieg arbeitet:
AKW Hinkley Point: das Milliarden-Debakel geht weiter -
vernichtender Rechnungshof-Bericht, Kostenexplosion,
Verzögerungen.
Entscheidung über Europas Zukunft der Atomkraft beim
Europäischen Gerichtshof erster Instanz**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

**Kurz vor dem K.O. für die Atomenergie und wie OÖ für den Ausstieg arbeitet:
AKW Hinkley Point: das Milliarden-Debakel geht weiter - vernichtender Rechnungshof-Bericht, Kostenexplosion, Verzögerungen.
Entscheidung über Europas Zukunft der Atomkraft beim Europäischen Gericht erster Instanz**

Umwelt-Landesrat Rudi Anschober setzt erfolgreich auf den wirtschaftlichen Hebel gegen gefährliche Atomanlagen. Mittlerweile ist Atomstrom nicht mehr konkurrenzfähig, Ökostrom viel preisgünstiger und deshalb auch in Europa erstmals stärker in Verwendung als Atomenergie. Im letzten Aufbäumen setzt die Atomlobby auf Milliardensubventionen für neue AKW.

Am nun neuerlich von einer Kostenexplosion betroffenen britischen AKW-Projekt Hinkley Point wird die Grundsatzentscheidung gefällt, ob das durchgeht – Milliardensubvention oder Atomausstieg lautet die Entscheidung. Auf Initiative Oberösterreichs ist gegen die Zustimmung der EU-Kommission zur Milliardensubvention von der Republik Österreich eine Nichtigkeitsklage eingebracht worden. Jetzt steht die Entscheidung unmittelbar bevor: am 5. Oktober findet vor dem Europäischen Gerichtshof erster Instanz die mündliche Verhandlung über die österreichische Nichtigkeitsklage, damit über Hinkley Point und damit über die Zukunft der Atomenergie statt. Die Gerichtshof-Entscheidung wird auch die Vorentscheidung über die Zukunft der Atomenergie in Tschechien bringen.

Die Entscheidung über den Ausstieg aus der Atomkraft wird in Brüssel getroffen - Hinkley Point ist mitentscheidend

Die Atomenergie ist durch steigende Produktionskosten und gleichzeitig rapide sinkende Preise an der Strombörse sowie massiv sinkende Produktionskosten der Erneuerbaren völlig unwirtschaftlich. Das britische

AKW-Neubauprojekt Hinkley Point soll daher durch massive Subventionen gestützt werden – ein Contract for Difference soll einen Strompreis von 92,50 Pfund pro MWh auf 35 Jahre hin garantieren, das Doppelte des aktuellen Strom-Großhandelspreises - zu Lasten der britischen Konsument/innen.

Meilenstein dabei ist die Entscheidung des Europäischen Gerichtshof erster Instanz über britische Milliarden subventionen für das AKW-Projekt Hinkley Point, welche als Blaupause auch für den Atomkraft-Ausbau in Tschechien und weitere AKW-Projekte in Europa angesehen wird. Nachdem die Republik Österreich im Juni letzten Jahres eine Nichtigkeitsklage gegen die Zulassung der Subventionen durch die Europäische Kommission eingebracht hat, ist nun der mündliche Verhandlungstermin vor dem EuGH für 5. Oktober 2017 anberaumt.

Eine im Auftrag von LR Anschober erstellte Studie von Prof. Dr. Franz Leidenmühler (JKU Linz) qualifiziert diese langfristigen Preisgarantien als nach EU-Recht verbotene Beihilfen, die einer Rechtfertigung bedürfen. Als Nichtigkeitsgrund ist geltend zu machen, dass die Freistellungsvoraussetzungen nicht vorliegen, insbesondere keine Behebung eines Marktversagens erfolgt, wie von der Gruppenfreistellungs-VO gefordert.

Hinkley Point-Modell auch bei AKW-Neubau in Ungarn

Das britische Modell der Milliarden subventionierung von Atomkraft zu Lasten der Konsument/innen wurde auch für das ungarische Neubau-Projekt Paks II verwendet. Anfang 2014 hat Ungarn mit Russland einen bilateralen Vertrag über den Ausbau des AKW Paks geschlossen. Die Gesamtinvestition von rund 10 Mrd. Euro wird zu 80 % über einen

russischen Kredit finanziert. Die EU-Kommission hat im Frühjahr entschieden, auch diese Subvention zu genehmigen. Aktuell wird auf die Veröffentlichung der Entscheidung im Amtsblatt gewartet, dann steht jedem Mitgliedstaat die Möglichkeit einer Nichtigkeitsklage zu.

LR Anschober: *„Wie das britische AKW-Projekt Hinkley Point zeigt auch das ungarische AKW-Ausbauprojekt Paks II die enorme Unwirtschaftlichkeit der Atomkraft auf. Die Bundesregierung muss auch hier Klage gegen die wettbewerbsverzerrenden Subventionen analog zu Hinkley Point einbringen.“*

AKW-Projekt Hinkley Point nach aktuellem Bericht des britischen Rechnungshof „teuer und riskant“

Immer größer wird der Widerstand in der britischen Bevölkerung gegen das Bauvorhaben, die Zustimmung zum Projekt sinkt rapide. Ein aktueller, vernichtender Bericht des britischen Rechnungshofs beurteilt das AKW-Neubauprojekt als teuer und riskant, es wäre ein schlechter Deal für Generationen von britischen Strom-Konsument/innen. Die Regierung hätte es verabsäumt, alternative Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen und der strategische als auch wirtschaftliche Nutzen des Vertrags mit dem französischen Atomkonzern EDF wird im Bericht als unsicher bezeichnet. Die Verzögerungen und fallende Großhandelspreise haben die Kosten des Deals für die britischen Konsument/innen bereits von 6 Mrd. Pfund im Jahr 2013 auf aktuell 30 Mrd. Pfund explodieren lassen und diese könnten sich lt. Expert/innen weiter erhöhen. Rechnet man noch die 20 Milliarden Pfund an Baukosten hinzu, belaufen sich die Gesamtkosten auf 50 Milliarden Pfund.

Auch der Projekt-Bauherr EdF selbst erklärt nach Überprüfung des Kosten- und Zeitplans, dass sich die Bauzeit um weitere 15 Monate verlängern, die Baukosten um weitere 1,7 Milliarden Euro auf über 22 Milliarden Euro erhöhen könnten.

Das Projekt Hinkley Point könnte für den zu 85 Prozent im Staatseigentum befindlichen Konzern zum Sargnagel werden, bereits jetzt kämpft EdF mit Schulden in der Höhe von 37 Mrd. Euro. Dazu kommt noch, dass der Konzern bis 2025 rund 50 Mrd. Euro in die Aufrüstung der alternden französischen Atomflotte (58 Reaktoren) investieren muss.

LR Anschober: *„Mein Ansatz, ganz auf den wirtschaftlichen Hebel gegen Atomkraft zu setzen, geht auf. Trifft nun auch der Europäische Gerichtshof erster Instanz die Entscheidung gegen staatliche Beihilfen für Hinkley Point, gibt es keinen Weg mehr für Energieunternehmen, Atomkraft wirtschaftlich darstellen zu können – das Risiko inkl. Investitionen in Sicherheit ist zu groß, der Strombörsepreis viel zu niedrig, als dass sich eine Investition rechnen könnte.“*

Neue Windkraftanlagen günstiger als Hinkley Point

Aktuelle Aussagen britischer Expert/innen bestätigen die Unwirtschaftlichkeit des Projekts. Demnach würde Strom aus Offshore Windanlagen für Konsument/innen um 10 % günstiger sein, als der Atomstrom aus Hinkley Point. Erfolgreiche Windstrombetreiber werden aufgrund der stark fallenden Kosten bei den aktuell stattfindenden Auktionen, mit Strompreisgarantien in der Höhe von 70-80 Pfund pro MWh wirtschaftlich produzieren können, während die britische Regierung EdF für das Hinkley Point-Projekt einen Preis von 92,50 Pfund pro MWh für 30

Jahre garantiert. Die Kosten für Strom aus Offshore Windanlagen haben sich in Großbritannien seit 2015 halbiert.

Die Brexit-Folgen für Hinkley Point

Kürzlich bekannt geworden: Durch den Brexit könnte das AKW-Projekt Hinkley Point C mit dem französischen Betreiber EdF stark verzögert sein bzw. ganz scheitern. Durch den Ausstieg aus dem Euratom-Vertrag müssen Atom-Abkommen von Großbritannien neu verhandelt werden, weiter steigende Kosten und Verzögerungen wären die Folge.

Hinkley Point wird in jedem Fall zu einem Milliardengrab –

Der Reaktor EPR ist bereits in Finnland und Frankreich ein Pleiteprojekt

Für die Errichtung von Hinkley Point C sind Druckwasserreaktoren des Typs EPR vorgesehen – bei den einzigen bisher gestarteten EPR-Projekten in Frankreich und Finnland sind bisher, aufgrund laufender Probleme und einhergehender Verzögerungen, die Kosten explodiert.

Die Projekte in Olkiluoto (Finnland) und Flamanville (Frankreich) sind ein einziges Desaster: In Olkiluoto war eine Inbetriebnahme 2009 zu Kosten von 3 Milliarden Euro geplant. Heute spricht man in Finnland von einem frühestmöglichen Start des Reaktors Ende 2018 und von Kosten von zumindest 9 Milliarden Euro. Insider sehen sogar noch viel größere Baukostensteigerungen.

In Flamanville droht aktuell ein noch viel größerer Rückschlag: war eine Inbetriebnahme 2012 mit Gesamtbaukosten von 3,3 Milliarden Euro geplant, so hat auch dieser EPR enorme Baukostenerhöhungen - vorerst werden 10,5 Milliarden genannt. Eine Inbetriebnahme, für 2018 avisiert,

könnte sich nun um Jahre verzögern, da die deutsche Bundesregierung überlegt, eine neue grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung einzuleiten. Anlass dafür geben im Druckbehälter des Reaktors verbaute Stahlteile, die möglicherweise den Sicherheitsanforderungen nicht gerecht werden. Nach Aufkommen des Skandals wurden mehrere AKW in Frankreich überprüft, für Flamanville hat die französische Atomsicherheitsbehörde vorläufig entschieden, dass EdF den 100 Mio. Euro teuren Druckbehälterdeckel bis 2024 austauschen muss.

Auch der US-Reaktortyp AP1000 von Westinghouse teilt ein ähnliches Schicksal, wie der EPR in Europa. Im Sommer wurden die Arbeiten an zwei Reaktoren in South Carolina gestoppt, die Baukosten würden sich auf über 20 Mrd. US-Dollar zu den ursprünglich geplanten Kosten verdoppeln.

LR Rudi Anschöber: *„Atomkraft ist immer mehr ein Fass ohne Boden. Neue AKW-Projekte sind absolut unfinanzierbar, das zeigt die Entwicklung in Hinkley Point noch lange vor einem allfälligen Baubeginn. Die Atom-Lobby versucht dennoch mit staatlichen Subventionen diese hochgefährliche Uralt-Technologie künstlich am Leben zu halten. Es gibt nur einen Weg: Die EU muss staatliche Subventionen für AKW endlich stoppen – und damit auch der Wettbewerbsverzerrung am Energiemarkt zugunsten einer Hochrisikotechnologie mit radioaktiv strahlendem Nachlass für rund eine Milliarde Jahre ein Ende bereiten! Ohne Subventionen, keine AKW-Neubauten in Europa. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs erster Instanz über Österreichs Nichtigkeitsklage, über die in den nächsten Monaten entschieden wird, wird dafür eine historische Weichenstellung.“*

EU-Trend: Atomkonzerne in Not, Atomstaaten zweifeln, Erneuerbare überholen

Der Trend ist eindeutig: In der EU sind heute noch 128 Meiler am Netz, das sind 50 weniger als beim historischen Höchststand 1988. Seit der Jahrtausendwende haben in der Europäischen Union nur zwei Atomkraftwerke ihren Betrieb aufgenommen, eins in der Tschechischen Republik, und eins in Rumänien, nach 34 Jahren Bauzeit.

Im Jahr 2016 sank die Atomstrom-Produktion in der EU lt. Daten der IAEA im Vergleich zum Vorjahr um 2 Prozent auf rund 800 Mrd. kWh, während sich die Stromproduktion aus Erneuerbaren um 2 Prozent auf mehr als 950 Mrd. kWh erhöhte. In den kommenden Jahren werden die erneuerbaren Energien weiter zulegen.

Auch die Energieriesen in Europa sind, u.a. aufgrund der Nuklearkrise, in schweren wirtschaftlichen Problemen: Abwertungen an den Börsen hagelte es etwa für EdF, E.on, RWE, CEZ, Vattenfall oder TVO. Die französische Areva wurde von Standard & Poor's zu BB+, also „Junk“ abgewertet, mit der Übernahme durch EdF kämpft nun auch der große französische Energiekonzern mit Schulden in Milliarden-Höhe.

LR Rudi Anschober: *„Wir befinden uns derzeit in der größten Krise der Atomindustrie in Europa. Der Neubau ist finanziell nicht darstellbar. Alles deutet auf den schrittweisen europaweiten Atomausstieg hin. Eine ungeschminkte Aussage der Chefin der cz. Atomaufsichtsbehörde überrascht: Atomkraft sei knapp vor dem klinischen Tod in Europa.“*

Tschechien: Projekt-Start Dukovany rückt in immer weitere Ferne

Aufgrund des definitiven Laufzeitendes der vier Reaktoren im AKW Dukovany zwischen 2035 und 2037, war das Ziel der tschechischen Regierung, den neuen Block spätestens 2035 ans Netz zu nehmen. Aktuell gesteht das zuständige Regierungsteam ein, frühestens 2039

starten zu können. Also schon vier Jahre Verspätung - unter Expert/innen wird auch diese Einschätzung noch bezweifelt. Die Finanzierung eines neuen Reaktorblocks ist nach wie vor völlig offen.

Atomwirtschaft ruiniert die Slowakei

Die beiden seit 1987 (!) im Bau befindlichen AKW-Projekte Mochovce 3 und 4 haben sich für die slowakische Staatsführung zum Desaster entwickelt: fünf Jahre hinter dem letzten Zeitplan und einer Erhöhung der Kosten um 2 Mrd. zum Trotz versucht man weiter zu bauen. Seit 2008 werden die Termine zur Inbetriebnahme regelmäßig zurück verlegt. Inzwischen müssen aber auch gewaltige Summen für die Stilllegung der abgeschalteten Reaktoren aufgebracht werden. Neben dem Unfallreaktor A1, müssen auch die 2006 und 2008 stillgelegten Reaktoren Bohunice 1 und 2 abgerissen und entsorgt werden. Die Slowakei ist damit gänzlich überfordert: In einer EU-Studie werden bis 2025 Stilllegungskosten von 1,14 Mrd. Euro genannt, von denen die EU 200 Mio. tragen wird.

Frankreich baut Erneuerbare aus

In Frankreich wurden 2016 gegenüber dem Vorjahr zweistellige Erhöhungen der Windkraft und Bioenergie-Anteile erreicht. In Summe stieg die installierte Leistung erneuerbarer Energien um 2.200 WMW auf knapp 46.000 MW. Die neue französische Regierung bekräftigt das Ziel den Anteil der Atomenergie von 75 Prozent auf 50 Prozent bis 2025 zu senken. Dafür müssten bis zu 17 der 58 AKW stillgelegt werden.

Anschober setzt auf Allianz der Atomgegner und baut Druck auf in Brüssel

Die von LR Anschober gegründete Allianz der Regionen für einen schrittweisen Atomausstieg in der EU wird derzeit weiter ausgebaut - damit entsteht mehr Druck in Brüssel für einen schrittweisen Atomausstieg.